

I. Anmeldung - dringlich

2a.0



TOP:

Tischvorlage

Stadtplanungsausschuss
Sitzungsdatum 20.07.2017
öffentlich

Betreff:

Baulandbeschluss der Stadt Nürnberg
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.05.2017

Anlagen:

Sachverhalt
Änderungsvorschlag zum Baulandbeschluss

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
AfS	18.07.2013	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfS	18.05.2017	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

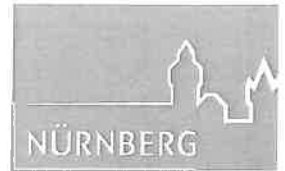
Der Baulandbeschluss (AfS vom 18.05.2017 / Stadtrat vom 24.05.2017) soll in Bezug auf die Quotenregelung zum geförderten Wohnungsbau abgeändert werden.

Die SPD-Stadtratsfraktion beantragt, die Quote für den anteiligen geförderten Wohnungsbau für Bauvorhaben mit Geschosswohnungen mit 31 bis 100 Wohneinheiten von 20% auf 30% anzuheben. Ferner wird von der SPD-Stadtratsfraktion beantragt, im Geschosswohnungsbau die Erfüllung der Quote auch durch Eigentumswohnungen zu ermöglichen - nach derzeitiger Beschlusslage ist dies ausschließlich durch Mietwohnungen möglich.

Während die Anhebung der Quote bei Geschosswohnungen bis 100 Wohneinheiten von 20% auf 30% aus Sicht der Verwaltung vertretbar ist, soll an der bestehenden Beschlusslage, nach der die Erfüllung der Quote bei Geschosswohnungen ausschließlich durch Mietwohnungen erfolgen kann, festgehalten werden.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage



1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

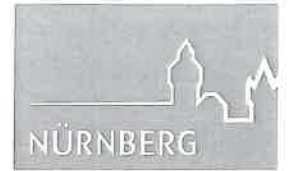
- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt



2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Mit der Wohnraumförderung wird dazu beigetragen, die Zugangsmöglichkeiten zu Wohnraum für Benachteiligte zu stärken und die Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt zu erhöhen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 Ref VI

√ I. Herrn OBM

K.d. 17. JUL. 2017 OBM *[Handwritten Signature]*

III. Ref. VII / Stab Wohnen

Nürnberg, 17.07.2017
Referat VII

[Handwritten Signature]
(2589)